

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

17. Mai 2019

Wochenbericht KW 20

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 30 % bzw. 29 %, SPD bei 16 % bzw. 15 %
	Grüne bei 20 % bzw. 18 %, AfD bei 13 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik und Sicherung der Altersversorgung am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei mehreren Aufgaben teils deutlich negativer Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Wichtigste Themen:	Europawahl Flüchtlingspolitik
	<u> </u>

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid ¹ für BamS
CDU/CSU	30 (+1)	29 (-)
SPD	15 (-)	16 (-)
FDP	8 (-)	9 (-)
DIE LINKE	8 (-1)	9 (-)
B'90/Grüne	20 (-)	18 (-1)
AfD	13 (-)	13 (-)
Sonstige	6 (-)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	0610.05.	0915.05.

Die Union liegt bei forsa 15 (+1) und bei Emnid 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Kramp-Karrenbauer	31 (-)	
Nahles	12 (+1)	
Kramp-Karrenbauer	25 (-2)	
Scholz	23 (+2)	
Erhebungszeitraum	0610.05.	

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 19 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und mit 2 (-4) Prozentpunkten nur knapp vor Olaf Scholz.

61 % der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 6 % Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 30 % für Nahles und 24 % für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Scholz sprechen sich 59 % der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 14 % für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 56 % Scholz und 14 % Kramp-Karrenbauer.

2

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (19.05.2019)

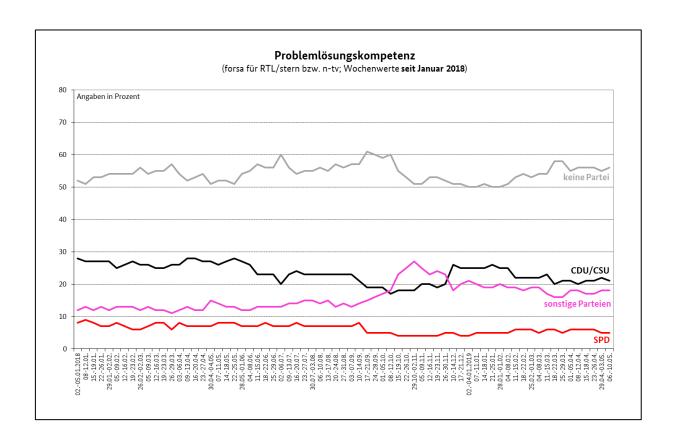
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	21	(-1)
SPD	5	(-)
sonstige Parteien	18	(-)
keine Partei	56	(+1)
Erhebungszeitraum	0610.	05.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

56 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Mai 2019

Emnid für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2019

politische Aufgaben politische Aufgaben	sehr wichtig		sehr		sehr		wichtig		weniger wichtig		unwichtig	
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	73	(+3)	26	(-2)	1	(-1)	0	(-)				
Altersversorgung langfristig sichern	70	(+3)	28	(-2)	2	(-)	0	(-1)				
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	68	(+4)	27	(-4)	3	(+1)	1	(-2)				
Bedingungen der Pflege verbessern	63	(-7)	33	(+5)	3	(+1)	1	(+1)				
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	60	(-2)	33	(+1)	4	(-)	1	(-1)				
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58	(+2)	37	(-1)	3	(-2)	1	(-)				
Steuerlast gerecht verteilen	52	(-2)	42	(+3)	5	(-1)	1	(-)				
innere Sicherheit gewährleisten	50	(+2)	41	(-1)	7	(-)	1	(-1)				
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	49	(+4)	41	(-2)	7	(-1)	2	(-)				
Gesundheitswesen modernisieren	45	(-4)	42	(+3)	11	(+1)	1	(-1)				
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	43	(+2)	39	(-2)	14	(+3)	3	(-2)				
Arbeitslosigkeit bekämpfen	39	(-)	47	(+2)	12	(-)	1	(-2)				
Zuwanderung von Ausländern regeln	39	(+6)	44	(-1)	12	(-3)	4	(-2)				
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37	(+5)	44	(-6)	12	(+1)	5	(-)				
deutsche Interessen in der EU vertreten	35	(+2)	51	(-)	11	(-2)	3	(-)				
für bezahlbare Strompreise sorgen	35	(-2)	46	(+1)	15	(-)	4	(+2)				
Energiewende zügig vorantreiben	33	(-)	49	(+2)	11	(-2)	6	(+1)				
neue Technologien fördern	31	(-1)	51	(+1)	15	(+1)	3	(-)				
Verbraucherschutz stärken	22	(-1)	57	(-1)	17	(+2)	4	(+1)				
deutsche Interessen im Ausland vertreten	22	(-1)	53	(-1)	19	(+3)	5	(-)				
Staatsschulden begrenzen	21	(-5)	54	(+4)	19	(+1)	5	(+1)				
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	19	(-2)	54	(-5)	19	(+5)	5	(+1)				
Erhebungszeitraum				081	4.05.							

Gute Bildungsmöglichkeiten und eine langfristige Sicherung der Altersvorsorge sind für die Bundesbürger die wichtigsten politischen Aufgaben.

Die <u>Bildungspolitik</u> wird von 30- bis 39-Jährigen (86 %) und Anhängern der Linkspartei (80 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen sie häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 67 %).

Die Aufgabe <u>"Altersversorgung langfristig sichern"</u> ist hingegen Personen mit einfacher formaler Bildung wichtiger als Personen mit hoher formaler Bildung (78 % zu 63 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Mai 2019

Emnid für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2019

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	67 (-3	24 (+3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	65 (+1	28 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	65 (-2	30 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	64 (-	28 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	63 (-4	34 (+6)
neue Technologien fördern	55 (+1	37 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (-2	42 (+4)
Staatsschulden begrenzen	52 (-4	36 (+2)
Verbraucherschutz stärken	52 (-2) 41 (+6)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	50 (-5	46 (+6)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-6	47 (+5)
für bezahlbare Strompreise sorgen	44 (+1	51 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	43 (+1	51 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	40 (+6	54 (-5)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	40 (+2	57 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	39 (+1	58 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (+3	60 (-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	33 (-2	62 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	32 (-2	64 (+2)
Altersversorgung langfristig sichern	27 (-8	69 (+10)
Steuerlast gerecht verteilen	24 (-4	70 (+3)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	20 (-3	77 (+5)
Erhebungszeitraum	08	14.05.

In 10 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in mehreren Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gesunken. Dies gilt besonders für die Bereiche "Altersversorgung langfristig sichern" (-8 Prozentpunkte) und "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" (-6 Prozentpunkte). Im Politikfeld "Energiewende zügig vorantreiben" vergrößert sich dagegen der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstuft, um 6 Prozentpunkte.

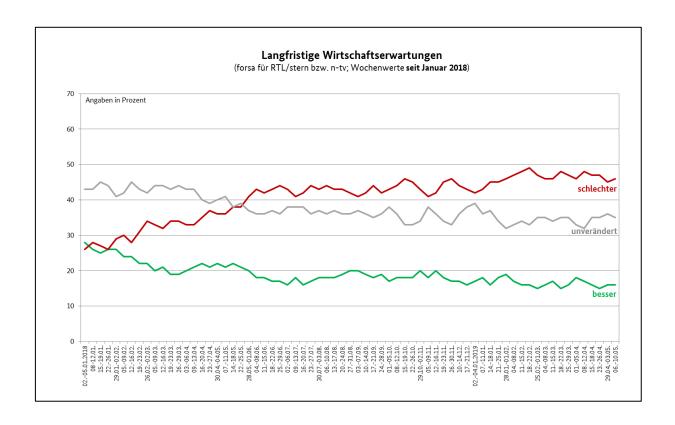
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16 (-)	
schlechter	46 (+1)	
unverändert	35 (-1)	
Erhebungszeitraum	0610.05.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 30 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa ^{für} BPA	
besser als vor einem Jahr	19 (+1)	
schlechter als vor einem Jahr	14 (-2)	
genauso wie vor einem Jahr	67 (+2)	
Erhebungszeitraum	0610.05.	

Unter 45-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (27 % zu 11 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- bzw. Mittelverdiener (25 % zu 15 %).

Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa ^{für} BPA
in einem Jahr besser	23 (+2)
in einem Jahr schlechter	12 (-1)
ungefähr so wie jetzt	65 (+1)
Erhebungszeitraum	0610.05.

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (36 % zu 10 %).

Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa ^{für} BPA
zurzeit günstig	48 (+4)
zurzeit eher ungünstig	43 (-4)
Erhebungszeitraum	0610.05.

30- bis 44-Jährige (55 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre. Personen mit hoher formaler Bildung glauben dies häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (54 % zu 33 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (61 % zu 33 %).

Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA	
eher optimistisch	44 (-1)	
eher pessimistisch	31 (+1)	
Erhebungszeitraum	0610.05.	

30- bis 44-Jährige (52 %), Gutverdiener (51 %), Personen mit hoher formaler Bildung (50 %) und Männer (49 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (39 %) und Mittelverdiener (38 %) glauben besonders oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

Wichtigste Themen

	infratest dimap für BPA	
Europawahl	11	(+2)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	11	(+2)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß	9	(+3)
Umweltpolitik/-schutz	8	(-)
Iran: Atomprogramm, Abkommen, Konflikt mit USA	6	(+4)
Rentenpolitik/Altersvorsorge: Debatte um Grundrente	5	(+1)
Erhebungszeitraum	1415.05.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Europawahl und der Flüchtlingspolitik; allerdings entfallen auf die weiteren Themen nur geringfügig weniger Nennungen.

Unter 30-Jährige (19 %) und Anhänger der Grünen (20 %) nennen die <u>Europawahl</u> überdurchschnittlich häufig.

Anhänger der AfD (28 %) erwähnen die Flüchtlingspolitik besonders oft.

